



**Gabriele Schmidt**  
Mitglied des Bundestages

## „Schmidts Berliner Brief“ 4/16

### I. Das Wichtigste zuerst

#### 1. Titisee-Neustadt gewinnt das Rennen um die Bundesförderung – 1,1 Mio. Euro vom Bund

Titisee-Neustadt hat mit seinem Vorzeigeprojekt „Haus Lickert“ das Rennen um Bundesförderung gewonnen und sich damit gegen ca. 1000 weitere Bewerber bundesweit durchgesetzt. Mit großer Freude haben Thomas Dörflinger MdB und ich von dem Zuwendungsbescheid durch das Bundesumweltministerium an die Stadt und ihr Projekt „Haus Lickert“ erfahren. Das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ fördert Projekte mit besonderer überregionaler Bedeutung und mit sehr hoher Qualität im Hinblick auf ihre Wirkungen für die soziale Integration in der Kommune und die Stadtentwicklungspolitik. Das über 2 Millionen Euro teure Projekt hat die Jury überzeugt. Die Freude wurde allerdings getrübt, weil Albrück, Laufenburg und St. Peter und ihren sehr guten Projekten eine Förderabsage erteilt wurde. Alle Projekte hätten es aus meiner Sicht verdient, in die Förderung aufgenommen zu werden. Das Fördervolumen in Höhe von 100 Millionen Euro war außerdem um das rund 20fache überzeichnet.

#### 2. Versicherungsschutz bei der Flüchtlingshilfe

Viele Ehrenamtliche stellen sich die Frage, was passiert, wenn man bei der Flüchtlingshilfe einen Unfall erleidet und gesundheitliche Schäden davonträgt. Übernimmt die Unfallversicherung die Kosten für eine Heilbehandlung? Diese und andere Fragen beantwortete Dr. Joachim Breuer, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Gesetzlichen

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!*

***Noch 15 Tage bis zur Landtagswahl! Es wird Zeit, dass Grün-Rot abgewählt wird! Grüne erschweren schon wieder Bewältigung der Flüchtlingskrise. Sie sind Teil des Problems, nicht der Lösung. Bei dem überwiegenden Teil der Menschen aus Marokko, Algerien und Tunesien handelt es sich um Wirtschaftsflüchtlinge, die nach deutschem Recht keinen Asylgrund haben. Trotzdem versperren die Grünen den Weg zur Aufnahme dieser Länder in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten. SPD, aus falscher Rücksichtnahme auf die grüne Politik und die Grünen blockieren die im Bundesrat zustimmungspflichtige Erweiterung der Liste. Die Grünen widersetzen sich Rückführungen und dementsprechend liegt Baden-Württemberg bei Rückführungen ganz weit hinten. Auch werden Abstriche an den bereits beschlossenen Verschärfungen gemacht, etwa bei Sachleistungen. Die Grünen verkennen, dass sie mit ihrer von der Ideologie geprägten Politik weder den Deutschen noch den Flüchtlingen gerecht werden können. Ein Wechsel ist dringender denn je! Mit Felix Schreiner MdL und Dr. Klaus Schüle haben der Hochrhein und der Südschwarzwald zwei starke und heimatverbundene Kandidaten, die sich mit aller Kraft für das Wohl der Menschen einsetzen. Mein Vertrauen und meine Stimme haben sie!***

***Die Woche in Berlin war arbeits- und ereignisreich. Eine besondere Freude war für mich das Gespräch mit 50 Schülerinnen und Schülern des KGT, die mich im Reichstag besucht und mit mir über verschiedene Themen diskutiert haben (S. 3).***

***Herzliche Grüße***

***Ihre***

Unfallversicherung (DGUV), im Rahmen unserer Arbeitsgruppensitzung Arbeit und Soziales am Dienstagmorgen. Flüchtlingshelfer, die aus eigenem Antrieb privat helfen, ohne dabei organisatorisch eingebunden zu sein, sind nicht unfallversichert. Bürgerinnen und Bürger, die also innerhalb ihrer Privatsphäre Aktivitäten oder Sonstiges mit den Flüchtlingen durchführen, sind vom Versicherungsschutz nicht erfasst. Handeln die Ehrenamtlichen dagegen im Auftrag der Kommune oder innerhalb des organisatorischen Verantwortungsbereichs einer Kirchengemeinde oder Wohlfahrtsorganisation ("Helferkreis"), sind sie versichert. Der Versicherungsschutz ist für die Helfenden kostenfrei. Die Kosten tragen die Kommunen und Organisationen im Rahmen ihrer Beitragszahlung an die Berufsgenossenschaft bzw. Unfallkassen. Ausführliche Informationen zu diesem Thema finden Sie [hier](#).

### 3. Ereignisse in Sachsen

Die Ereignisse in Sachsen in den letzten Tagen erfüllen mich mit Sorge: Ich bin entsetzt, dass Einheimische sich so gegenüber ankommenden Flüchtlingen verhalten oder Beifall klatschen, wenn ein Asylbewerberheim brennt. Es ist erschreckend und beschämend, dass so etwas in unserem Land passiert. Man kann ja unterschiedlicher Meinung sein in politischen Fragen, aber anderen Menschen so kaltherzig und hasserfüllt gegenüberzutreten, ist absolut nicht hinnehmbar. Unsere christlichen Werte verlangen einen ordentlichen Umgang mit Menschen, unabhängig davon, woher sie kommen.

### 4. Treffen der Landesgruppe Baden-Württemberg mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel



(Bild: Bundesregierung / Guido Bergmann)

Die Kanzlerin musste in den letzten Monaten viel Kritik einstecken, zu Unrecht wie ich finde. Die einen finden den Kurs zu hart, die anderen wiederum zu weich. Nur die CDU ist in der Lage, die Flüchtlingskrise mit der Bundeskanzlerin an der Spitze zu bewältigen, da-

von bin ich überzeugt. Das kann nicht oft genug betont und wiederholt werden. Der Vergleich mit anderen Parteien kann da helfen. Das Asylpaket II, welches die Handschrift der CDU trägt, ist ein weiterer notwendiger Schritt, um die Flüchtlingskrise zu bewältigen. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger zurecht von uns Politikern. Es war die unionsgeführte Bundesregierung, die seit 2005 strukturell Maßnahmen zur Integration von Einwanderern in Deutschland auf den Weg gebracht hat. Bei der Integrationsarbeit fangen wir nicht bei null an, sondern knüpfen bei bewährten Maßnahmen an. Wir wären allerdings weiter, wenn nun auch die rot-grün regierten Länder ihrer Verantwortung für unser Land nachkämen und etwa der Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten um Algerien, Marokko und Tunesien zustimmen würden. In den Bundesländern muss endlich mehr geschehen! Gerade die rot-grünen Landesregierungen in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz kommen ihrer Aufgabe, die große Zahl der ausreisepflichtigen Personen auch tatsächlich auszuweisen, hier nicht nach. Eine Übersicht zum Asylpaket II sowie zu weiteren geplanten Maßnahmen finden Sie [hier](#).

## II. Die Woche im Parlament (Auszug)

**Gesetz zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern und zum erweiterten Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerbern.** Der Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen haben, beinhaltet Konsequenzen aus den Ereignissen in Köln in der Silvesternacht. Wir ziehen in zweierlei Hinsicht die richtigen Lehren: Zum einen können straffällige Ausländer künftig leichter abgeschoben werden, zum anderen werden wir straffällige Asylbewerber schneller die Flüchtlingsanerkennung verweigern. Bei Asylsuchenden reicht künftig eine Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr statt bisher von drei Jahren aus, um ihnen die Anerkennung zu verwehren. Seit dem 1. Januar 2016 gilt das neue Ausweisungsrecht, bei dem das Abschiebeinteresse gegen das Bleibeinteresse abgewogen wird. Künftig wird ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse bereits dann vorliegen, wenn ein Ausländer wegen bestimmter Straftaten rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe verurteilt worden ist, unabhängig davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist. Das Ausweisungsinteresse ist dann bereits besonders schwerwiegend, wenn eine rechtskräftige Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr erfolgt ist. Damit stellen wir sicher, dass nur diejenigen Personen Schutz und Unterstützung in Deutschland erhalten, die diese auch tatsächlich verdienen und die sich dieser würdig erweisen.

## III. Sonstiges

### 1. Zehntklässler des KGT besuchen mich im Reichstag

Zwei Schulklassen des Klettgau-Gymnasiums Tiengen machten diese Woche das politische Berlin unsicher. In einer sehr lebhaften Diskussion im Reichstag stellten die Schülerinnen und Schüler viele Fragen an mich. Auch wenn die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten noch nicht wählen dürfen, zeigten sie sich am Wahlkampf anlässlich der bevorstehenden Wahl in Baden-Württemberg und an der Partei Alternative für Deutschland (AfD) besonders interessiert. Nach einem sehr guten Austausch waren wir uns einig, dass die AfD nicht wählbar ist. Es ist wichtig, auch über unbequeme Dinge zu sprechen, nur so erkennt man, wer die richtigen Argumente hat. Das macht schließlich eine Demokratie aus. Frauenförderung,



sogenannte Homo-Ehe und Adoptionsrecht sowie Umwelt- und Energiefragen waren weitere spannende Themen. Auch beim Thema Flüchtlinge waren wir uns einig, dass Menschen in Not zu uns kommen dürfen, aber unsere Werteordnung einhalten und sich gesetzeskonform verhalten müssen.



## **2. Im Gespräch mit Kathrin Völker, kommissarische Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e.V. und Philipp Hirth, Referent Politische Kommunikation**

In einem konstruktiven Gespräch haben wir uns über das geplante Bundesteilhabegesetz und insbesondere die Stellung von Werkstätten unterhalten. In meinen zahlreichen Besuchen in Werkstätten im Wahlkreis habe ich mich persönlich von der sehr guten Arbeit in den Einrichtungen für Menschen mit geistigen, körperlichen und psychischen Behinderungen überzeugen können. Es ist wichtig, dass Werkstätten auch weiterhin Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen.



Auch wenn die Bundesgemeinschaft das Vorhaben eines Bundesteilhabegesetzes im Grundsatz unterstützt, stellt sie auch Forderungen an das neue Gesetz. Der Behinderungsbegriff, Teilhabepflichtverfahren, höheres Nettoentgelt und Arbeitsförderungsgeld sowie das Rückkehrrecht waren die Kernpunkte des Austausches. Der Referentenentwurf befindet sich bereits auf der Zielgeraden, so dass wir vereinbart haben, das Gespräch fortzuführen, sobald dieser vorliegt.

(Bild: Philipp Hirth, Gabriele Schmidt und Kathrin Völker)

## IV. Aktuelle Termine/Hinweise

### 1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 08. März, ab 16.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

### 2. [Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis \(Auswahl\)](#):

- |                  |  |
|------------------|--|
| <b>1. März:</b>  | <ul style="list-style-type: none"><li>• Besuch im Pflegeheim mit Bürgermeister Stefan Kaiser, Seniorenzentrum Albrück</li></ul>  |
| <b>2. März:</b>  | <ul style="list-style-type: none"><li>• Informationsveranstaltung "Ablauf eines Asylverfahrens", Haus des Gastes; Birkendorf</li></ul>   |
| <b>3. März:</b>  | <ul style="list-style-type: none"><li>• Parl. Staatssekretär Norbert Barthle MdB zum Thema Verkehr &amp; digitale Infrastruktur, Wehr</li></ul>  |
| <b>4. März:</b>  | <ul style="list-style-type: none"><li>• CDU-Landesparteitag Ettlingen, mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel</li></ul>   |
| <b>5. März:</b>  | <ul style="list-style-type: none"><li>• Veranstaltung mit Annegret Kramp-Karrenbauer, Ministerpräsidentin Saarland, in Waldshut</li></ul>  |
| <b>7. März:</b>  | <ul style="list-style-type: none"><li>• Forum Landwirtschaft mit Alois Gerig MdB, Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses, Hof Russ, Lottstetten</li><li>• Jahreshauptversammlung Blasmusikverband Hochrhein e.V., Haus des Gastes, Birkendorf</li></ul> |
| <b>8. März:</b>  | <ul style="list-style-type: none"><li>• Gespräch mit Niederwihler Frauen, Pfarrsaal, Niederwihl</li></ul>  |
| <b>9. März:</b>  | <ul style="list-style-type: none"><li>• Veranstaltung mit Dr. Peter Tauber, Generalsekretär CDU, Kath. Pfarrsaal, Hohentengen</li><li>• Veranstaltung mit Parl. Staatssekretär im BMZ, Hans-Joachim Fuchtel MdB, Murgtalhalle, Murg</li></ul>                |
| <b>11. März:</b> | <ul style="list-style-type: none"><li>• THW-Jahreshauptversammlung, Bad Säckingen</li></ul>  |
| <b>12. März:</b> | <ul style="list-style-type: none"><li>• Bezirksversammlung Landesfrauenverband Südbaden, Ehrenbachhalle Weizen</li></ul>   |
| <b>13. März:</b> | <ul style="list-style-type: none"><li>• <b>Landtagswahl</b></li></ul>  |